



**Liebe Leserinnen,**

nach der Sommerpause hat sich frauenpolitisch viel getan: Am 11. Oktober wurde der 1. Weltmädchentag begangen, wir gratulieren!

Immer mehr Mitglieder der CDU/CSU werden sich der Bedeutung von Gleichstellungspolitik bewusst: In der letzten Bundesratssitzung wurde daher die Gesetzesinitiative „Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in Führungsgremien“ mehrheitlich angenommen. Sollte sich der Bundestag der Initiative anschließen, müssten in Aufsichtsräten künftig beide Geschlechter zu mindestens 40 Prozent vertreten sein. Dass sich auch bei der Entlohnung von Frauen noch viel tun muss, zeigen aktuelle Zahlen, aber lest selbst! Eine angenehme Lektüre wünscht  
**Eure Corinna Reinecke**

### 1. UN- Weltmädchentag – Anliegen von Mädchen in aller Welt verdienen Unterstützung

75 Millionen Mädchen weltweit können nicht zur Schule gehen. Jedes dritte Mädchen wird nie eine weiter-



Bild: [www.plan-deutschland.de](http://www.plan-deutschland.de)

führende Schule besuchen. Alle drei Sekunden wird ein Mädchen irgendwo auf der Welt gegen ihren Willen verheiratet. Diese Zahlen zeigen, wie stark Mädchen weltweit mit Unrecht zu kämpfen haben. Im September 2011 entschied der Deutsche Bundestag deshalb fraktionsübergreifend, sich bei den Vereinten Nationen für den von der Kinderhilfsorganisation Plan initiierten UN-Mädchentag einzusetzen. Plan setzt sich unter dem Motto „Because I am a Girl“ weltweit dafür ein, dass Mädchen die gleichen Rechte und Chancen wie Jungs erhalten. Im Dezember 2011 beschlossen die Vereinten Nationen, einen Weltmädchentag einzurichten, der am 11. Oktober 2012 erstmals gefeiert wurde. Die AsF Sachsen-Anhalt begrüßt diese tolle Initiative: Nur wenn Mädchen geschützt aufwachsen, Lebenskompetenzen erwerben, zur Schule gehen, diese beenden und eine Berufsausbildung machen können, werden sie tragende Kräfte ihrer Gesellschaften. Das sieht auch **Corinna Reinecke, AsF-Landesvorsitzende**, so: „Die Einführung eines Welt-Mädchentages durch die Vereinten Nationen ist ein wichtiger Schritt, um mehr Aufmerksamkeit für die Belange von Mädchen zu erreichen. Die weltweiten Aktionen werden ein deutliches Zeichen für die Stärkung von Mädchen sein. Dieses Anliegen verdient unser aller Unterstützung!“ Weitere Infos gibt es hier: [www.biaag.de](http://www.biaag.de).

### Sachsen-Anhalt unterstützt Quote im Bundesrat

Der Bundesrat will den Anteil weiblicher Führungskräfte in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen erhöhen. Auf Initiative von Hamburg hat die Länderkammer deshalb am 21. September einen Gesetzentwurf beschlossen, der bis zum Jahr 2023 eine Mindestquote von 40 Prozent für die Besetzung von Aufsichtsräten mit Frauen und Männern vorschreibt. Für Sonderfälle ist eine Härtefallklausel vorgesehen. Mit den Stimmen des ebenfalls CDU-geführten Saarlands hatte Sachsen-Anhalt die SPD-Initiative in der Länderkammer unterstützt, die dadurch mehrheitlich angenommen werden konnte. Der Gesetzentwurf wird nun der Bundesregierung übermittelt, die ihn innerhalb von sechs Wochen an den Bundestag weiterleiten muss. Dazu sagte Rainer Haseloff, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt: „Die Selbstverpflichtung hat bisher nicht gegriffen, und deswegen denke ich, ist Politik jetzt dran.“ Daher sei der Vorstoß im Bundesrat ein „starker Impuls für eine gesamtgesellschaftliche Debatte“ gewesen. Dem können wir uns nur anschließen!

## Trägerwechsel des Frauenhauses Magdeburg

Die Landeshauptstadt Magdeburg beendet die kommunale Trägerschaft des Frauenhauses und dessen ambulanter Beratungsstelle, in dem jährlich zwischen 51 und 68 Frauen mit ihren Kindern Schutz suchen. Wie der Stadtrat in seiner Sitzung am 4. Oktober beschloss, soll ein freier Träger das Frauenhaus zum 1. Januar 2013 übernehmen. Die Wahl des Stadtrates fiel auf den Träger Rückenwind e.V., der bereits 2 Frauenhäuser in Sachsen-Anhalt betreibt. Allerdings kann Rückenwind bislang noch keinen neuen Standort für das Objekt vorweisen. Damit die Qualität des Frauenhauses auch zukünftig gesichert ist, hat der Stadtrat einem Antrag von SPD und Grünen zugestimmt, der die Übertragung an den freien Träger unter den Vorbehalt stellt, dass die gleichen qualitativen Parameter, die der derzeitige kommunale Betrieb des Frauenhauses gewährleistet, erhalten bleiben. Darüber hinaus wurde die Verwaltung beauftragt, dem Stadtrat sechs Monate nach Übergang der Trägerschaft über die Arbeit des Frauenhauses Bericht zu erstatten.

## Frauen in Führungspositionen „verdienten“ 2010 rund 30 % weniger als Männer

Weibliche Führungskräfte „verdienten“ im Jahr 2010 in Deutschland durchschnittlich 27,64€ und damit rund 30 % weniger als ihr männlichen Kollegen (39,50€). Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2010 mitteilte, gab es ähnlich hohe Verdienstunterschiede bei Techniker\_innen (30 %) und akademischen Berufen (28 %). Je höher die Qualifikation, desto größer die Gehaltslücke. Wann ändert sich das endlich?

## Impressum:

**V.i.S.d.P.:** Corinna Reinecke  
**Redaktion:** Sarah Schulze  
**Anschrift:**  
 SPD-Landesgeschäftsstelle,  
 AsF-Landesverband  
 Bürgerstraße 1, 39104 Magdeburg

## Termine:

**18.10.2012:** Europäischer Tag gegen Menschenhandel  
**23.10.2012:** Sitzung des AsF-Landesvorstandes, Magdeburg  
**25.11.2012:** Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

## TERRE DES FEMMES will Aufenthaltsrecht für Opfer von Zwangsprostitution verbessern

Das deutsche Recht garantiert fast keinen Opferschutz für Opfer von Zwangsprostitution aus Drittstaaten (Staaten außerhalb der EU). Die Betroffenen (wissenschaftliche Studien gehen jährlich weltweit von 700.000 bis 2.000.000 gehandelten Personen aus, der Großteil davon sind Frauen und Kinder) werden rechtlich als illegal eingereiste Ausländerinnen behandelt. Die einzige Möglichkeit, nach der Zwangsprostitution einen befristeten Aufenthaltstitel zu erwirken, besteht darin, mit der Justiz in einem Verfahren gegenüber den Menschenhändlern zu kooperieren. Nur so kann ein befristeter Aufenthaltstitel bis zum Ende des Verfahrens gewährt werden. **Die**



Bild: [www.terre-des-femmes.de](http://www.terre-des-femmes.de)

**gemeinnützige Frauen-**

**rechtsorganisation „Terre des Femmes“** kritisiert, dass eine Betrachtung der humanitären Situation der Frauen meist nicht stattfindet und will daher längerfristig eine Gesetzesänderung erwirken, mit der den Opfern von Frauenhandel ein unbefristeter Aufenthaltstitel garantiert wird. Mit einer Unterschriftenaktion, die am 18. Oktober, dem internationalen Tag gegen Menschenhandel startet, wird Innenminister Friedrich aufgefordert ein Aufenthaltsrecht für Opfer von Zwangsprostitution einzuführen. Mehr Informationen findet man unter: [www.terre-des-femmes.de](http://www.terre-des-femmes.de).